

Zu viele Schlupflöcher

OGBL fordert stärkeren Kündigungsschutz - „Wirtschaftliche Gründe“ definieren

LUXEMBURG
ANNETTE WELSCH

Es ist ein Thema, das dem OGBL seit einigen Monaten Sorgen bereitet: Man beobachtet einen Trend, unter anderem im Finanzsektor, dass die Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen zum Personalabbau missbraucht würden, auch wenn lediglich die Gewinnmargen nicht mehr so hoch sind wie gewohnt. „Das Gesetz muss präzisiert werden - es gibt schon eine ganze Reihe Urteile, wo die Richter das als Grund akzeptiert haben. Es war aber ursprünglich nur für die Fälle gedacht, dass ein Unternehmen Gefahr läuft, den Betrieb ganz einstellen zu müssen. Wir fordern von der Regierung, dass reagiert wird“, sagten Véronique Eischen, Jean-Luc De Matteis und Jean-Claude Bernardini vom geschäftsführenden OGBL-Vorstand gestern.

Als Beispiele nannten sie die „Edmond de Rothschild“-Bank, die Stellen abbaut und eine andere Bank, die angekündigt habe, 25 Prozent, sprich 110 Angestellte zu entlassen. Eine weitere Bank kündigte 18 Angestellten im vergangenen Jahr an, dass ihre Stellen 2018 abgebaut würden - in der Hoffnung, dass die Arbeitnehmer eher von sich aus kündigten und auf ihre sozialen Rechte verzichteten als auf einem unsicheren Posten zu bleiben. So umgehe man es, einen Sozialplan ausarbeiten zu müssen.

Auch beim „Plan de maintien dans l'emploi“ gesetzlich nachbessern
Es müsse gesetzlich klar definiert werden, wann eine Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen erfolgen könne, und im Missbrauchsfall müssten harte Strafen drohen, forderte De Matteis. Die Delegierten müssten auch mehr eingebunden werden, es müssten alle anderen Instrumente, wie Sozialpläne, Weiterbildungen oder Reklassie-



Den Arbeitgebern werde es zu leicht gemacht, den gesetzlichen Kündigungsschutz zu umgehen, sagen Eischen, Bernardini und De Matteis (v.l.n.r.)

Foto: F. Pizzolante/Editpress

runge ausgeschöpft sein und das Konjunkturkomitee eingeschaltet werden. Ein Problem seien auch die Fristen, um den Kündigungsgrund zu erfahren und sich zu wehren. Hier bräuchte es eine Beweislastumkehr: Der Arbeitgeber müsse grundsätzlich angeben, warum er kündigt.

Auch beim 2006 eingeführten „plan de maintien dans l'emploi“ müsse gesetzlich nachgebessert werden, sagte Bernardini. So müsse ein solcher Plan, der dem Gesetz nach heute freiwillig erstellt werden kann, wenn die ökonomische Situation es erfordert, obligatorisch werden - auch für die Betriebe, die weniger als 15 Arbeitnehmer beschäftigen. Die Pro-

zedur müsse genau festgelegt werden, Einspruch möglich sein und eine Kontrolle, ob der Plan eingehalten wurde, eingeführt werden. Es dürften während des Planes auch keine Arbeitsstellen abgebaut werden.

Mit konkreten Zahlen über den Missbrauch der Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen könne man nicht aufwarten, denn oftmals seien es individuelle Kündigungen, die nicht immer beim OGBL angezeigt würden oder vor Gericht landeten, oft würden sie auch zwischen den Parteien geregelt. „Die Dunkelziffer dürfte sehr hoch sein - wir wollen nicht, dass das Phänomen sich ausweitet“, sagte De Matteis. ●

„Eine politische Entscheidung muss kommen“

JEAN-LUC DE MATTEIS, OGBL-Vorstandsmitglied

Wenn die „Generation Z“ nachhakt

Rifkin-Bericht über digitale Zukunft im Mittelpunkt von „Interlycées“-„Matinée“



„Interlycées“-Koordinator Denis Fellens (mit Mikrofon) führte in die „Matinée“ ein

Foto: F. Pizzolante

LUXEMBURG Während Verantwortungsträger aus Politik und Wirtschaft heute die Weichen für Ökonomie und Wirtschaft von morgen stellen - indem sie etwa die Rifkin-Strategie für Luxemburg in der dritten industriellen Revolution - in Auftrag gaben, ist es die sogenannte „Generation Z“ der nach 1995 Geborenen, welche die kommenden Umbrüche auch wird konkret umsetzen und bewältigen müssen. Über 620 der Vertreter dieser „Digital Natives“-Generation, die mit den modernsten Technologien aufge-

wachsen ist, diskutierten gestern morgen die Rifkin-Richtlinien im Rahmen einer „Interlycées“-„Matinée d'Etudes“ im hauptstädtischen Athenäum mit gleich drei Ministern - Wirtschaftsminister Etienne Schneider, Finanzminister Pierre Gramegna und Nachhaltigkeits- und Infrastrukturminister François Bausch - sowie Handelskammer-Direktor Carlo Thelen. Letzterer, der vor knapp 25 Jahren in dem gleichen Saal des „Kolléisch“ seinen Sekundarschulabschluss schrieb, ging auf die rasanten Veränderungen ein, welche die Welt seither erlebt hat. Die Digitalisierung schreitet immer schneller voran, das weltweite Datenvolumen verdoppelt sich jährlich, es entstehen immer neue Business-Modelle, die nachhaltige Wirtschaft ist ein großes Thema und die Globalisierung bleibt es. Das alles ändert Konsum aber auch die Arbeitswelt grundlegend, in der Jobs durch Automatisierung wegfallen, dafür aber auch neue entstehen, deren Natur und erforderliche Kompetenzen heute noch nicht abzusehen sind.

115 Fragen

Die Schüler aus mehreren Lyzeen aus Luxemburg, Belgien und Frankreich hatten mit ihren Lehrern nicht weniger als 115 Fragen an die „Interlycées“-Gäste ausgearbeitet, von denen 17 in der Diskussion gestellt wurden - grüne Energie, nachhaltiger Transport, Schutz der Privatsphäre, Aus- und Weiterbildung und Karriereperspektiven waren einige der angesprochenen Themenfelder. Sämtliche Fragen sollen übrigens dem „Comité de Suivi“ aus Regierungsmitgliedern, Vertretern der Sozialpartner und Berufskammern sowie der Zivilgesellschaft zugestellt werden, das die Umsetzung der Rifkin-Strategie steuern soll. CLK

● www.interlycees.lu, www.tirlux.lu

NEWS

Echternacher Gemeinderat steht hinter Konvention

ECHTERNACH Die Echternacher Basilika-Konvention stand gestern Abend erneut auf der Tagesordnung des Echternacher Gemeinderates. „Ihr wisst, dass es einige Diskussionen gab“, sagte Bürgermeister Yves Wengler (CSV). „Und ich denke, dass der Erzbischof das so nicht geplant hatte“, sagte Wengler, der seinerseits die Konvention schon unterschrieben hatte. Wengler vermutet gar, dass selbst wenn der Erzbischof jetzt unterschreiben würde, Premier Bettel wohl mit Blick auf die aktuellen Geschehnisse zögern würde. „Wir wollen aber dokumentieren, dass wir weiterhin hinter der Konvention stehen.“ So soll nun in einem Schreiben ein weiteres Treffen angefragt werden, um Kultusminister Bettel und auch dem Erzbischof diesen Willen klar zu vermitteln.

Raymond Becker (déi gréng) stellte für seine Fraktion klar, dass man hinter der Konvention stehe. „Für Echternach gab es bei den vier Kirchengebäuden eine Ausnahme für die Basilika, und die tragen wir weiter mit.“ Auch Jean-Claude Strasser (LSAP) betonte die Wichtigkeit der Basilika für die Stadt. Er griff aber auch den Aspekt der Kosten auf. „Wenn wir weniger bezahlen müssten, dann könnten wir dieses Geld anderweitig einbringen“, so Strasser mit Blick auf die Schule. „Wir rufen die Kirchenfabrik auf, ihren Disput mit dem Erzbischof aus dem Weg zu räumen, auch im Sinne aller Echternacher“, so der Appell der LSAP. Die DP-Fraktion zeigte sich schockiert über die Geschehnisse. „Eine Situation, eine Entwicklung wird von der Kirchenfabrik nicht anerkannt“, kommentierte André Hartmann, „dies war ein schlechtes Bild für Echternach. Ich glaube, wir sind jetzt weit davon entfernt, dass wir schnell durch dieses Dossier kommen.“ Marc Diederich (CSV) fragte, warum nun das Ausgehandelte nicht mehr gültig sein sollte? „Den diplomatischen Aspekt des Dezembers einmal aufheben vor: Von uns aus sollte ein klarer Standpunkt vertreten werden“, sagte Diederich. LZ/LJ

Rettungswesen: „Et muss weidergoen“

LUXEMBURG Der Präsident des Nationalen Feuerwehrverbands Marc Mamer wünscht sich, dass die Reform der Rettungsdienste möglichst schnell umgesetzt werden kann. Gegenüber RTL Radio sprach sich Mamer außerdem für die Form eines „établissement public“ aus. Alle anderen Modelle wie auch das vom Staatsrat vorgeschlagene Gemeindefondsmodell würden eine „Schwerfälligkeit“ ins Spiel bringen, „die sich Rettungsdienste nicht leisten können.“

Die CSV pocht indes darauf, dass das geplante und von Innenminister Dan Kersch (LSAP) angefragte Treffen mit dem Staatsrat im Beisein der Abgeordneten des parlamentarischen Ausschusses stattfindet. Alternativ sprechen sich Fraktionschef Claude Wiseler und der Abgeordnete Laurent Zeimet für ein gesondertes Treffen mit der Hohen Körperschaft aus. LJ